

Ein Aufzug für das Rathaus?

Gemeinderat Sand diskutiert lebhaft über einen möglichen behindertengerechten Zugang



Heiße Diskussionen gab es in der Gemeinderatssitzung in Sand wegen einem behindertengerechten Zugang zum Rathaus. Ein Aufzug wäre möglicherweise die beste Lösung.

Foto: Beuerlein



Eine Unsitte in Sand ist das wilde Parken auf dem Kirchplatz.

Foto: Beuerlein



Die Parksituation in der Pfarrgasse ist diskussionswürdig.

Foto: Beuerlein

Heiße Diskussionen gab es in der Gemeinderatssitzung in Sand wegen einem behindertengerechten Zugang zum Rathaus. Ein Aufzug wäre möglicherweise die beste Lösung.

Foto: Beuerlein

Zu einem längeren, zum Teil auch kontroversen Disput kam es im Sander Gemeinderat bei der Behandlung des Antrages von Klaus Ullrich. Das Gemeinderatsmitglied bemängelte, dass das Sander Rathaus als öffentliches Gebäude noch immer keinen behindertengerechten Zugang hat. Mit seinem Antragsschreiben forderte Ullrich die Einrichtung eines behindertengerechten Rathauszugangs innerhalb der nächsten zwei Jahre, also bis Juli 2015.

Zunächst verwies Bürgermeister Bernhard Ruß darauf, dass sich der Gemeinderat immer wieder – zuletzt im März 2008 – mit dem Thema befasst hat. Auch gehöre es bei den jährlichen Haushaltsberatungen des Gemeinderates zum Themenkreis. Allerdings habe der Gemeinderat bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre beschlossen, kein Geld für einen behindertengerechten Zugang vorzusehen. Den Vorwurf von Hugo Ackermann, dass die Verwaltung nichts unternommen hat, könne er deshalb so nicht stehen lassen. „Diesen Schuh ziehen wir uns von der Verwaltung nicht an. Die Haushaltshoheit, die Haushaltsberatung, die Planung von Investitionen und die Genehmigung von finanziellen Mitteln obliegt allein dem Gemeinderat. Dass ein behindertengerechter Zugang zum Rathaus immer wieder nach hinten geschoben wurde, ist nicht Schuld der Verwaltung“, sagte Ruß.

Zur Sache führte der Bürgermeister aus, dass man sich bisher gut beholfen habe. Verwaltungsangestellte können mit einer Klingel an die Rathhaustüre herausgerufen werden oder kommen zu den Behinderten nach Hause. Dies seien kleine Schritte gewesen, doch die Einrichtung eines behindertengerechten Zuganges sei auch daran gescheitert, dass man wegen der Einführung der Ganztageschule und der Mittagsbetreuung den Raumbedarf nicht abschätzen konnte. Alle Ebenen des Rathauses – auch den Rathaussaal – zu erreichen, sei nur mithilfe eines Aufzugs möglich. Gleichzeitig müsse auch an behindertengerechte WC-Anlagen gedacht werden.

Paul Hümmer stellte heraus, dass das angesprochene Thema nicht allein auf Sand zutrifft. Auch er und Doris Kümmel sprachen die schulische Entwicklung an, die vor fünf Jahren räumlich noch nicht abzuschätzen gewesen sei. „Jetzt wissen wir, welche Räume wir frei haben und was wir baulich verändern können“, sagte Kümmel. Auch Heinrich Schmitt äußerte trotz der zu erwartenden Kosten seine grundsätzliche Zustimmung, wollte sich aber nicht zur Fertigstellung bis Juli 2015 festlegen lassen.

Nachdem Gerhard Zösch festgestellt hatte, dass man zur weiteren Vorgehensweise ein Konzept brauche, und Klaus Ullrich weiterhin auf der Abstimmung zu seinem Antrag bestand, stellte der Bürgermeister den Antrag, ein Architekturbüro zu beauftragen, sich mit der Planung eines Aufzuges zum Erreichen aller Ebenen im Rathaus sowie mit der Planung einer behindertengerechten WC-Anlage befasst.

Da nach der Geschäftsordnung über diesen weitergehenden Antrag zuerst abgestimmt werden musste, sprachen sich alle Gemeinderäte einstimmig für den Antrag von Bürgermeister Ruß aus. Bezüglich der Fertigstellung des Zeitpunktes der geplanten Baumaßnahme zum Zeitpunkt Juli 2015 gab es zwei Gegenstimmen.

Alfons Beuerlein

Vorerst keine Verkehrsberuhigung in der Pfarrgasse

Ortsbesichtigung soll zur Problemlösung führen – Maßnahmen am Kirchplatz nicht ohne Einverständnis der Bezirksregierung

Mit einem Antrag der Kirchenverwaltung der Pfarrei St. Nikolaus hatte sich der Gemeinderat Sand in seiner Sitzung am Donnerstag zu befassen. Der Antrag sah vor, dass die Gemeinde verkehrsregelnde Maßnahmen in der Pfarrgasse, Bereich am Pfarrheim/Kindergarten, treffen soll. Begründet wurde dies damit, dass es in der Pfarrgasse immer wieder zu teilweise chaotischen Verkehrssituationen kommt. Besonders prekär stelle sich der Autoverkehr beim Bringen und Abholen der Kindergartenkinder dar. Ähnlich angespannt sei die Verkehrslage bei Veranstaltungen im Pfarrheim. Die Kirchenverwaltung beantragte in der Pfarrgasse eine Einbahnstraßenregelung mit Fahrtrichtung Pfarrhaus/St. Nikolausstraße sowie ein eingeschränktes Halteverbot vor dem Pfarrheim Kindergarten, so dass dort nur kurzfristiges Parken erlaubt wird.

Im Gemeinderat kam es wegen des Antrages zu einer längeren Diskussion. Zunächst wies Bürgermeister Bernhard Ruß darauf hin, dass er diesbezüglich erst kürzlich Gespräche mit der Kirchenverwaltung geführt habe. Er, aber auch andere Gemeinderatsmitglieder wie Hugo Ackermann, Gerhard Klauer und Paul Hümmer vertraten die Ansicht, dass die Pfarrgemeinde zur Lösung des Problems beitragen müsse und könne, indem sie selbst Stellplätze schafft, wie es in der Baugenehmigung für das Pfarrheim gefordert wurde. Zur

Schaffung von Stellplätzen könnte man beispielsweise ein Stück vom Pfarrgarten hernehmen.

Gemeinderat Rudi Krug ging einen Schritt weiter und wollte den Bring- und Abholverkehr der Kindergartenkinder gänzlich aus der engen Straße heraus haben. Ein Fußweg von rund 50 Metern zum Sportheimparkplatz sei für jedermann zumutbar, auch für die Kinder. Dort könnten auch die Fahrzeuge des Kindergartenpersonals geparkt werden.

Da sich das Ratsgremium auf keine Lösung einigen konnte, nahm das Gremium schließlich den Vorschlag des Bürgermeisters an. Dieser sieht vor, dass Kirchenverwaltung und der Bauausschuss des Gemeinderates bei einer gemeinsamen Ortsbesichtigung nach einer Lösung des Problems suchen. In der nächsten Gemeinderatssitzung kommt der Antrag erneut auf die Tagesordnung.

Auch in einer Beschwerde des Bürgers Jürgen Krines ging es um parkende Fahrzeuge. Die Parksituation auf dem Kirchplatz – speziell vor dem Anwesen Hofmann/Krines und hiervon fortführend entlang der westlichen Kirchplatzseite bis zur Einmündung Pfarrgasse – wo durch parkende Fahrzeuge selbst der Gehwegbereich zugeparkt werde. Krines schlägt vor, ähnlich wie in Zeil oder Haßfurt, demontierbare Pfosten mit zwischengehängten Blumenkästen als Längsabtrennung des Gehwegbereiches von der Fahrbahn, beziehungsweise den ausgewiesenen Parkflächen anzubringen. Als Nebeneffekt würde die Bepflanzung den gesamten Platz aufwerten.

Das Zuparken des Gehwegbereiches sei nicht im Sinne der Gemeinde, sagte der Bürgermeister. Da die Neugestaltung des Kirchplatzes jedoch mit hohen Zuschüssen gefördert worden sei, habe bei Gestaltungsfragen die Bezirksregierung ein Wörtchen mitzureden. Ruß schloss das Thema mit der Ankündigung, dass die Verwaltung versuchen werde, in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro RSP und der Regierung einen Vorschlag zur Lösung des Problems, auch der Parksituation vor dem Rathaus, zu erarbeiten.

Alfons Beuerlein